

Danziger Volksstimme

Einzelnummer zu 1/20

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von
auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen
nach bes. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 6. - Mk.
von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt.
Annahme bis früh 9 Uhr. - Postkontonummer Danzig 2948.
Erscheinung: Am Spandhaus 6. - Telefon 3760.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und Feiertage. - Bezugspreise: In
Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.- Mk.,
vierteljährlich 18.- Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. - Telefon 720

Nr. 236

Montag, den 10. Oktober 1921

12. Jahrgang

Entspannung im Osten.

Verständigung zwischen Rußland, Rumänien und Polen.

Moskau (Funkdruck), 8. Oktober. Eine Note, die
Schischkin und Rakowski im Namen der russischen und
ukrainischen Sowjetrepublik an die rumänische Regierung
gerichtet haben, stellt mit Befriedigung fest, daß die letzte
rumänische Note vom 26. September die Bereitwilligkeit
Rumänlens erkläre, gegenüber den verbündeten Sowjet-
republiken eine lokale Politik zu treiben. Die Sowjetnote
betont aber, daß die früher angeführten konkreten Tatsachen,
die beweisen, daß rumänisches Gebiet die Basis räuberischer
Überfälle auf die Ukraine bilde, ungenügend be-
antwortet worden seien. Die Sowjetregierungen pro-
testieren gegen die Beschuldigung, daß sie die Friedens-
verhandlungen verzögern und drücken den Wunsch aus,
durch die Verhandlungen in Warschau alle Dis-
senzen zu beseitigen. Doch hänge der Erfolg dieser Verhand-
lungen davon ab, ob rumänisches Gebiet auch weiterhin als
Basis feindlicher Angriffe auf die Sowjetrepubliken dienen
werde.

Auch zwischen Rußland und Polen steht eine Vereinba-
rung bevor, die alle Streitpunkte regeln und erhebliche
polnische Zugeständnisse enthalten soll. Die
Einzelheiten werden vorläufig geheim gehalten.

Keine Einigung über Oberschlesien.

Die Entscheidung über Oberschlesien, die nach früheren
Nachrichten spätestens gestern herauskommen sollte, macht
den alliierten Mächten noch immer außerordentliche Schwie-
rigkeiten. Nach einem Bericht des Genfer Korrespondenten
des „New York Herald“ liegt die Entscheidung des Völker-
bundsrates über Oberschlesien zwar den Mächten bereits
vor, doch hätten sich diese geweigert, ihren Vertretern im
Völkerbundsrat ihre Billigung auszusprechen, falls nicht ge-
wisse Änderungen getroffen würden. Es verlautet sogar,
daß ein nichteuropäisches Mitglied des Völkerbundsrates
gedroht habe, sich von der ganzen Angelegenheit zurückzu-
ziehen. Der Völkerbundsrat halte jetzt nur noch zum Schein
Sitzungen ab. Inzwischen würden seitens der Mächte die
Geheimverhandlungen über die vorgeschlagene Lösung fort-
geführt.

Die vorgeschlagene „Lösung“ soll darin bestehen, daß aus
dem Industriedreieck ein autonomes Wirtschaftsgebiet inner-
halb des polnischen Staatenverbandes geschaffen werden soll.
Staatsrechtlich soll dieses unter polnischer Souveränität
stehen, wirtschaftlich jedoch unter interalliierte Kontrolle
gebracht werden. Außerdem soll in diesem Gebiete die deut-
sche Währung garantiert, keine Zollschranken gegen Deutsch-
land gezogen und das Verkehrsnetz durch Deutschland orga-
nisiert werden.

Diese „Lösung“ wäre nicht nur politisch und wirtschaft-
lich vollkommen unhaltbar, sondern steht auch im offenen
Gegensatz zu dem Versailler Vertrag. Die Vertreter der
deutschen Gewerkschaften haben in Genf eingehend ihre Be-
denken gegen diesen Plan geltend gemacht. Ihre Vorstel-
lungen sollen nicht ohne Eindruck geblieben sein.

Paris, 9. Okt. Wie „Chicago Tribune“ meldet, haben in
der gestrigen Sitzung der Völkerbunds-Konferenz die Ver-
treter von England und Italien die Ansicht vertreten, daß
die gegenwärtig in Oberschlesien befindlichen Truppen aus-
reichend stark seien, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.
Aus diesem Grunde sei auch kein Beschluß gefaßt
worden!!!

Die Untersuchung des Oppau-Unglücks.

Der Reichsuntersuchungsausschuß für Oppau hat eine
Anzahl Beteiligter, bis unmittelbar in dem Silo zu
tun hatten, vernommen. Bemerkenswert waren die An-
gaben eines Arbeiters Neumann, daß durch das Prämi-
ensystem seine Kollegen veranlaßt worden seien, gewisse Ar-
beiten bei der Herstellung des fraglichen Produktes
übereilt auszuführen. Abgeordneter Hofmann, Ludwig-
hofen: Beruht es auf Wahrheit, daß an der Unglücksstelle
der Zünder einer Handgranate gefunden worden ist, der dem
Staatsanwalt in Frankenthal übergeben wurde? Diese
Frage wurde von einem Arbeiterrat mit Ja beantwortet. Er
betonte jedoch, daß der Handgranatenzünder von einem
Photographen so blitzblank abgeliefert wurde, daß man über
die Herkunft des Zünders sehr im Zweifel sein müsse. In-
genieur Stöppel meinte, daß die Umkehrtheit des Zünders
darauf zurückgeführt werden könnte, daß er sich in der Tasche
befunden habe.
Weitere Zeugenaussagen laufen darauf hin, daß es aus-
geschlossen ist, daß sich große Sprengmassen in Oppau be-

finden haben. Mehrere Arbeiter versicherten, daß der ver-
storbene Sprengmeister Humpe stets vor seinen Sprengungen
ein Trompetensignal gegeben habe, so daß den Arbeitern
Gelegenheit gegeben worden war, sich rechtzeitig zurückzu-
ziehen, wenn gesprengt wurde.

Der Ausschuß vertagte sich schließlich auf den 26. Oktober,
nachdem sich ein Unterausschuß gebildet hatte, dem die Voll-
macht gegeben ist, Verhöre vorzunehmen und unter Um-
ständen Sachverständige zu laden.

Polens Rettung aus dem Dalles.

Sparauschüsse zur Prüfung der Ausgaben.

Warschau, 8. Okt. Der Finanzminister Michalski hat die
Sejm-Parteien veranlaßt, die Diskussion über sein
Finanzprogramm, die schon gestern erfolgen sollte,
bis Dienstag aufzuschieben. Inzwischen hat der Fi-
nanzauschuß des Sejms das Sparankettenspro-
gramm Michalskis in vollem Umfange gebilligt. Es
soll dem Sejm eine durchgreifende Kürzung der zentralen
und lokalen Behörden und des Beamtenpersonals, die Bil-
dung besonderer Sparauschüsse zur Prüfung der Ausgaben
des Außen- und Kriegsministeriums und die Revision der-
jenigen Gekasse vorgeschlagen werden, die den Staat mit
übermäßigen Ausgaben belastet haben. Weiter soll der
Sejm beschließen, daß keine neuen Kredite ohne Genehmi-
gung des Finanzministeriums bewilligt werden dürfen. Die
einmalige Vermögensabgabe soll bezahlt
werden vom Landbesitz, vom Anlagekapital der Aktien-Ges-
ellschaften und sonstigen Vereinigungen, vom Aktienbesitz
und vom individuellen Einkommen auf Grund der zu zah-
lenden Miete. Michalski erwartet von dieser Vermögens-
abgabe einen Ertrag bis zu 10 Milliarden Mark. Die Kom-
mission hat auch diese Vorschläge einstimmig angenommen.

Die Trauben hängen zu hoch.

Wien, 8. Okt. (M.B.) Die „Neue Freie Presse“ schreibt
zu den Gerüchten, daß zwischen ungarischen Monarchisten
und Wiener Legitimistengruppen eine Verbindung bestehe,
und daß heabsichtigt sei, mit Hilfe Ungarns in Wien einen
Umsturz herbeizuführen, es dürften wohl Pläne dieser Art
bestanden haben, doch sei als sicher anzunehmen, daß ein
Putsch nicht zur Ausführung kommen werde. (Nachdem die
sozialistische Arbeiterschaft alle Vorbereitungen zur erfolg-
reichen Abwehr dieses Putsches getroffen hatte. D. Red.)

Der Buchdruckerstreik in Hamburg geht unverändert
weiter. Bis jetzt haben nur das „Hamburger Tageblatt“,
das „Echo“ und die „Hamburger Volkszeitung“ die Forde-
rungen der Buchdrucker bewilligt. Die Abonnenten der
bürgerlichen Blätter erhielten das von den bürgerlichen Zei-
tungen gemeinsam herausgegebene Nachrichtenblatt durch-
weg nicht mehr zugestellt. Wie mitgeteilt wird, soll ein
größerer Teil dieser Blätter an verschiedenen Stellen in die
Aster geworfen worden sein.

Heimkehr aus Rußland. Die Reichszentralstelle für
Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Wia-
bert“ trifft auf seiner fünften Fahrt von Noworossik am
10. Oktober erneut in Trieste ein. Er hat 1166 Heimkehrende,
darunter 266 Reichsdeutsche, an Bord. Diese Reichsdeut-
schen werden dem Durchgangslager Leffeld zwecks Ent-
lassung zugeleitet. Der Dampfer „Brillant“ ist inzwischen in
Odessa eingetroffen, hat dort Heimkehrende an Bord ge-
nommen und befindet sich zurzeit auf der Fahrt nach Nowo-
rossik, wo die Heimkehrenden von dem etwa am 12. Ok-
tober dort eintreffenden Dampfer „Harald“ an Bord ge-
nommen und nach Triest gebracht werden. Aus Peters-
burg ist am 6. Oktober der Dampfer „Karnot“ mit 250
Heimkehrenden aller Nationalitäten ausgelaufen, des wei-
teren hat am 8. Oktober der Dampfer „Herbert Horn“ mit
420 österreichisch-ungarischen Heimkehrenden Alga verlassen.

Opfer des kommunistischen Terrorismus. In dem Prozeß
gegen zehn der kommunistischen Arbeiterpartei angehörende
Arbeiter, die versucht hatten, die mehrheitssozialistische
„Volkswehr“ in Bernburg und eine Eisenbahnbrücke in der
Nähe dieser Stadt in die Luft zu sprengen, wurde der Haupt-
rädelsführer, der Vorsitzende der KPD. in Bernburg, der
23-jährige Arbeiter Brandenburg, zu sechs Jahren Zucht-
haus verurteilt. Gegen fünf weitere Angeklagte wurde auf
Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis 7 Jahren erkannt. Vier An-
geklagte wurden freigesprochen.

Sehnaches Postporto in Deutschland. Am 12. Oktober
wird im Reichspostministerium der Verkehrsbeirat sich mit
der Erhöhung der Postgebühren beschäftigen. Die Post hat
ein Defizit von fast 2 1/2 Milliarden Mark im Rechnungsjahr
1921. Zur Behebung des Defizits schlägt die Post eine Er-
höhung auf das Sehnache des Friedensbetrages vor.

Die Parole von Görlich!

Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

Der Parteitag in Görlich liegt hinter uns. Er war eine
Heerschau über die stärkste und innerlich ge-
schlossenste Partei der Welt. Er war ein Partei-
tag harter, fruchtbringender Arbeit im Dienste des Prole-
tariats. Wenn keine Ergebnisse heute noch im Urteil der
Partei umstritten sind, so liegt das an den Schwierigkeiten
der von ihm behandelten Probleme, die aus den veränderten
sozialen und politischen Lebensbedingungen unserer Zeit
erwachsen. Nur ist jedoch dies eine, daß der entschlossene
Wille, errungene Machtpositionen zu verteidigen und zu
erweitern, den Parteitag beherrschte. Alle seine Beschlüsse
dienen nur diesem Zweck.

Dem Parteitag zu Görlich ist es gelungen, der Partei ein
neues Programm

zu geben, das einen jahrzehntelangen Streit der Geister ab-
schließt und den Kämpfen der Gegenwart Wege und Ziele
weist. Schon dadurch allein wird der Parteitag von Görlich
als der denkwürdigsten und fruchtbarsten einer in der Ge-
schichte der deutschen Sozialdemokratie fortleben.

Das Görlicher Programm bedeutet keine Abkehr
von der großen Vergangenheit der Partei, sondern eine
Führung über sie hinaus im Sinne einer dreißigjährigen
Entwicklung, ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse und prak-
tischen Erfahrungen. Die demokratische Republik ist nicht
mehr erstrebtes Ziel, sondern gewonnenes Gut, das vertei-
digt und gefestigt werden muß. Dem Sozialismus
gilt der Kampf, der nur in langem schweren Ringen
mit geistigen Waffen gewonnen werden kann. Es gilt, das
Los des schaffenden Volkes zu erleichtern, das politisch be-
freit, aber durch den Krieg und seine Folgen wirtschaftlich
zurückgeworfen ist.

Das Görlicher Programm ist ein erneutes Bekenntnis zu
den hohen Menschheitszielen des sozialistischen Befreiungs-
kampfes. Der Parteivorstand betrachtet es als eine seiner
vornehmsten Pflichten, ihm die weitestgehende Auswirkung
auf die Massen zu verschaffen, es zum geistigen Gemein-
gut des ganzen schaffenden Volkes zu machen. Dabei er-
wartet er die tatkräftige Unterstützung aller Partei-
genossinnen und Parteigenossen.

Durch seinen Beschluß zur

Frage der Regierungsbildung

hat der Parteitag dem Parteivorstand die Bewegungs-
freiheit gegeben, deren er bedarf, um die Interessen der
Partei und des arbeitenden Volkes nach allen Seiten hin
nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten.

Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei ist die Errich-
tung einer rein sozialistischen Regierung. Koalitionspolitik
treibt sie nur unter dem Zwange der Not, nicht einer der
bürgerlichen Parteien zuliebe. Sie ist schon jetzt zur Teil-
nahme an der Regierung gezwungen, weil sie die größte
Partei des deutschen Volkes ist und zugleich die einzige
Partei, die grundsätzlich und geschlossen auf dem Boden der
republikanischen Verfassung und des demokratischen Selbst-
bestimmungsrechts des Volkes steht.

Offen hat die Sozialdemokratie in Görlich ihr Banner
entrollt, offen hat sie den politischen Gegnern gesagt, was sie
in Zukunft zu tun gedenkt. Mit rückichtsloser Offenheit hat
sie vor allem den Neuchlern der Republik erklärt, daß sie
den Kampf auf Leben und Tod gegen sie aufnimmt.
An den anderen ist es nun, zu bekennen!

Wollen sie den Bestand der Republik, die Demokratisie-
rung unseres öffentlichen Lebens, die Gleichberechtigung der
werktätigen Schichten, dann gehen wir ein Stück Weges ge-
meinsam.

Wollen sie die Monarchie, die wirtschaftliche Knebelung
oder die Mundtotmachung breiter Schichten, dann bietet
die Sozialdemokratie stärkste Gegnerschaft und heftigsten
Kampf.

Das ist die Parole von Görlich.
Der Eintritt der Partei in die Reichsregierung erfolgte
im Mai d. Js. unter dem fürchtbarsten außenpolitischen
Druck. Ohne Bedingungen, ohne Vorbehalte — nur um das
Land vor dem Schlimmsten zu bewahren, bildete die Partei
mit Zentrum und Demokraten die neue Koalitionsregie-
rung. Aber mit der bloßen Annahme des Ultimatums
war die damals übernommene Aufgabe nicht erfüllt,
ihre Lösung hat vielmehr jetzt erst begonnen, und der weit-
aus schwerste Teil steht noch bevor. Das ganze Volk ist an
ihr beteiligt, und nur außerordentliche Maßnahmen können
uns vor dem Untergange retten.

Wir lehnen es ab, in den Massen den Glauben zu er-
wecken, als ob die Sozialdemokratie heute allein imstande
wäre, die eisernen Fesseln des Versailler Vertrages zu lösen
oder allein die drückenden Verpflichtungen des Londoner
Ultimatums zu erfüllen.

Der Parteitag zu Osnabrück unterstrich die realpolitischen Notwendigkeiten der Gegenwart. Er lehnte jede Volkstiftung der großen Worte ab, die die Massen in Illusionen gemischt hätten und sie zur Abkehr von der Partei bewegen würden, wenn die gemachten Versprechungen sich nicht erfüllt hätten. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die Bewirklichung unserer Forderungen nicht nur von unserem Willen, sondern auch von der Reife der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängt.

Wegen die im freien Volksworte sich noch gäh erhaltende Klassenjustiz

erhob der Parteitag lebhaften Protest, er forderte durchgreifende Maßnahmen bei der kommenden Justizreform. Durch Zuziehung von Laienrichtern, besonders bei den Strafgerichten aller Arten und Stufen, durch Wahl der Schöffen und Geschworenen muß eine deutsche Justiz geschaffen werden, die im Volke Vertrauen zur Rechtspflege erweckt.

Von dem Gedanken befeelt, daß nur eine große, einzige Kampforganisation aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die reaktionären Mächte gewinnen kann, erklärte sich der Parteitag für die nationale und internationale Einigung des Proletariats.

Die Sache aller Bedrückten der Erde erklärte er zu der seinen.

Aus den Reden der ausländischen Gäste haben wir erfahren, daß die Welt der Arbeit noch immer mit Vertrauen und Hoffnung auf die deutsche Sozialdemokratie blickt. Rechtfertigen wir dieses Vertrauen durch unermüdeten Kampf für unsere große Sache!

Schleht die Reichen! Werbt unablässig für die Partei! Es lebe die Sozialdemokratie!

Neue Enthüllungen über den Kriegsausbruch.

Der Kaiser in Unterhofen.

Der hochwichtige Privatsekretär Dr. Rudolf Steiner war, wie jetzt aus einer Unterredung mit ihm im Pariser „Matin“ bekannt wird, eng befreundet mit dem ehemaligen Generallieutenant v. Moltke, mit dem er auch in den verhängnisvollen Sonntagtagen von 1914 viel zusammengewesen ist. Er erzählt aus seinem Umgang mit dem Generallieutenant, der bekanntlich gegen seinen Willen an die Spitze des deutschen Heeres gestellt worden war, geradezu ungläubliche Dinge, die selbst, wenn sie nur zum Teil richtig wären, ein geradezu furchtbares Bild von der geistigen Verwirrung geben, in der sich die wilhelminische Regierung beim Ausbruch des Krieges befand. Da wird erzählt:

Am 2. Juni 1914 erging Moltke, der seit 1905 Chef des Generalstabs war, zur Air nach Karlsbad. Er kehrte erst nach dem Ultimatum an Serbien nach Berlin zurück und sah man voraus, was kommen würde. Das Eingreifen Frankreichs und Englands in einen Krieg mit Rußland erschien ihm als sicher. Er schrieb deshalb ein Memorandum für den Kaiser, das seine Operationspläne darlegte. Es war der alte Plan Schlieffens, aber mit einer Veränderung: Schlieffens wollte den Angriff gleichzeitig durch Belgien und Holland dirigieren. Moltke schlug aber vor, Rußland zu verschonen, damit ihm Falle einer Blockade Frankreich nicht abgedrückt werde. Als er im Laufe des Freitags, den 30. Juli, im Schloß eintraf, fand er nur Leute, die den Kopf verloren hatten. Er war noch imhunde, einen Befehl zu fassen. Er verlangte vom Kaiser, den Befehl zur Mobilisation zu geben. Der Kaiser aber wollte an diesem Tage zunächst nur den „Ausbruch der drohenden Kriegsgefahr“ verhindern lassen. Am nächsten Tage, am Sonnabend 4 Uhr nachmittags, wurde Moltke von neuem zum Kaiser berufen. Er fand Wilhelm II. in Gesellschaft von Bethmann Hollweg, dem buchstäblich die Rute zitterten, des Kriegeministers v. Salkow, des Generals v. Moltke und anderer. Der Kaiser sprach sich mit großer Lebhaftigkeit gegen Moltkes Plan aus. Er sagte, daß er nicht von erhalten habe, weshalb England neutral bleiben würde und auch Frankreich verhindern würde, sich am Kriege zu beteiligen. Die ganze Armee müsse gegen Rußland marschieren. Moltke aber habe die Unterschrift des Kaisers unter den Mobilisationsbefehl durchgesetzt und ihn so schnell wie möglich realisiert. Als er sich zu diesem Zwecke entfernte, habe ihn ein österreichisches Automobil zurückgeholt, er habe aber vorsichtigerweise den Mobilisationsbefehl gleich weitergegeben. Der Kaiser indessen habe an die verschiedenen Hauptquartiere der Armee telephonieren lassen, daß deutsche Heer solle wenigstens eine Marschkolonne von der französischen Grenze entfernt bleiben. Und jetzt sei Moltke „obrig niedergebroschen“, habe jedoch die Gegenzeichnung der kaiserlichen Anordnung verweigert. Dann heißt es weiter:

„Am 10 Uhr abends bleibt er in diesem Zustand. Um 10 Uhr läßt ihn der Kaiser wiederum rufen. Wilhelm II. hat sich bereits

zu Bett begeben. Er kehrt in Unterhofen auf, nimmt einen Schahmat über und hält eine Rede. Es steigt ein Mißverständnis vor. Er hat jetzt ein neues Telegramm vom König von England erhalten, in dem dieser erklärt, er könne weder für England, noch für Frankreich bindende Zusagen machen. Der Kaiser schließt mit den Worten: „Nächst dem jetzt, was Sie wollen.“ Damit fängt der Krieg an.

Den Ausgang der Marne-Schlacht sah Moltke als „ein erschütterndes Vorzeichen“ an. Er gab den Krieg verloren und machte nach Steiner bereits Mitte September den Einbruch eines Kranken Mannes. Weiter heißt es:

„Einige Tage später suchte der Kaiser Moltke auf, der zu Bett lag. Der General richtete die Frage an den Kaiser: „Bin ich es eigentlich immer noch, der die Operationen leitet?“ — „Ich glaube wirklich, daß Sie es sind,“ antwortete der Kaiser. So habe also drei Wochen lang der Kaiser nicht gewußt, wer der eigentliche Chef seiner Truppen war. Ein weiteres Beispiel für die Verwirrung, die man in der Umgebung des Kaisers über diesen hatte, gab Moltke, als Steiner ihm zum ersten Male von dem Angriffsplan durch Belgien gesprochen und gefragt habe: „Wie ist es möglich, daß ein Kriegsminister im Reichstag erklären konnte, daß ein solcher Plan nicht besteht?“ — „Dieser Minister,“ antwortete Moltke, „kannte meinen Plan nicht. Nur der Kaiser war auf dem laufenden.“ — „Und der Kaiser?“ — „Niemand!“ erwiderte Moltke energisch. „Der war viel zu geschwätzig und zu indiscret, er hätte ihn der ganzen Welt erzählt!“

Zum Charakterbild des davongelaufenen Kaisers fügen diese Enthüllungen ja kaum noch einen neuen Zug. Aber doch auch die ganze Regierung einschließlich der militärischen Oberleitung in einem so total verblödeten Zustand sich befunden hat, das macht sie zu einem neuen Glied in der Kette der Beweise, daß alles so kommen mußte, wie alles gekommen ist.

Die Milliarden-Last der Besatzung.

Eine interessante Zusammenstellung hat kürzlich die französische Zeitung „Le Temps“ über die von den einzelnen Entente-Staaten veranschlagten Besatzungskosten veröffentlicht. Nach dem „Temps“ stellen sich die Besatzungskosten vom 11. November 1918, also vom Tage des Waffenstillstandes ab bis zum 1. Mai 1921 folgendermaßen:

Amerika: 278,6 Millionen Dollar, Frankreich 2304,8 Millionen Francs, England: 52,9 Millionen Pfund, Belgien: 278,7 Millionen belgischer Francs, Italien (Oberstufen): 15,2 Millionen französischer Francs. Das ergibt zusammen in Mark umgerechnet die ungeheure Summe von 69,26 Milliarden Mark.

Diese annähernd 70 Milliarden Papiermark würden, wenn man das Verhältnis der Goldmark zur Papiermark mit 1:20 annimmt, eine Summe von 3 1/2 Milliarden Goldmark ergeben, die in 2 1/2 Jahren verbrannt worden sind. Auf das Jahr ergibt sich also eine Ausgabe für Besatzungskosten von 1,4 Milliarden Goldmark. Zu jenen 70 Milliarden oder 3 1/2 Goldmilliarden müssen aber noch diejenigen Milliardenbeträge gerechnet werden, die Deutschland selbst aus der Reichskasse für Besatzungskosten aufgewendet hat, also die Ausgaben für Kasernenbauten, Bereitstellung von Exerzierplätzen, Neubauten für verheiratete Truppenangehörige, Entschädigung für beschlagnahmte Wohnräume usw., die den deutschen Reichshaushalt für 1921 mit rund 8 1/2 Milliarden belasten.

Auch über die Höhe der Tageskosten für einen Mann der Besatzung veröffentlicht der „Temps“, auf authentisches Material gestützt, die folgenden Zahlen: 1 Amerikaner 4 1/2 Dollars = 450 Mark, 1 Franzose 15 1/2 Francs = 114 Mark, 1 Engländer 14 Schilling = 230 Mark, 1 Belgier 16 1/2 Francs = 124 Mark, 1 Italiener 22 Francs = 165 Mark.

Aus der Zusammenstellung der Tageskosten für einen Mann der Besatzung ergibt sich, daß sich die Kosten am höchsten für einen Amerikaner stellen. Rechnet man mit 150 Mark Durchschnittskosten für den Mann und den Tag, so würde sich hieraus eine jährliche Last von 54 750 Mark für einen Ententesoldaten im besetzten Gebiet ergeben. Das dieser Zustand nicht andauern kann, sowohl im Interesse Deutschlands als auch der Ententeallianzen, liegt auf der Hand. 1 1/2 Milliarden Goldmark jährlich für Besatzungskosten zahlen und die Reparationsforderungen erfüllen, ist für Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit. Die Reparation allein übersteigt Deutschlands Kräfte, muß Deutschland und ganz Europa zwangsweise zum Ruin treiben. Und angesichts dieser Tatsache, die von den nüchternen Wirtschaftspolitikern der ganzen Welt längst erkannt ist, die Summen, die Deutschland aufbringen kann, für das unproduktive Schwarzverdrängen der Besatzung und die Rheinlandpolitik Frankreichs zu verschleudern, ist ein verbrecherischer Irrsinn. So hat seit zum Wiederaufbau der Welt und der zerstörten Gebiete Verwendung zu finden, die am 31. August von Deutschland bezahlte 1 Milliarde Goldmark tatsächlich nur zur Deckung der Besatzungskosten dienen müssen. Die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit dieser Zustände scheint sich allmählich auch in Ententesreisen durchzusetzen. Aus England, wo man das Rechnen nicht verlernt hat, lauten wiederholt Stimmen, die eine Einschränkung

dieser Ausgaben fordern. Auch in Italien ist man der gleichen Meinung. Die Mailänder „Stampa“ vom 22. September kritisiert die hohen Besatzungskosten in schärfster Form und fordert, daß man die Besatzungskosten in Deutschland wachsende Besatzungskosten auferlege, statt ihm die Zahlung der Reparation zu erleichtern. Im Oktober sollen nunmehr in Brüssel Verhandlungen unter den Alliierten beginnen, die dem Problem der Beschränkung dieser Ausgaben ernstlich zu Leibe gehen.

Die Wandlung in Belgien.

Ein ausländischer Mitarbeiter unserer Parteipresse hat die Zeitungen der belgischen Arbeiterpartei zum Vordringen der Partei in Genossen der „Provoche“ über die belgische Innen- und Außenpolitik interviewt und schreibt uns darüber:

„Es sind wohl mehr als sieben Jahre her, seit wir uns gesehen haben. ... Und nun sitzen wir wieder beisammen, gemächlich plaudernd, wie ehemals. Aber unsere vorzeitigen graue Haare deuten an, daß über uns hinweggegangen ist. ... Hier also, wo die Provoche mit anvertraute.“

Wir haben in Belgien eine Regierungskoalition, die bildet von den drei großen Parteien, den Sozialisten, 70 Abgeordnete, den Katholiken, 71 Abgeordnete, und den Liberalen, 31 Abgeordnete. Zuerst diesen gibt es noch 14 Abgeordnete kleiner, bedeutungsloser Parteien. Darunter ist die nationalistische Partei, die „ehemaligen Frontkämpfer“, die so viel Schreck gemacht hat, es aber nur zu einem einzigen Mandat brachte. Und die bevorstehenden Wahlen werden für diese Nationalisten sicher kein Erfolg sein. Auch sonst dürften wesentliche Parteiverschiebungen kaum eintreten. Immerhin sieht es so aus, als würde sich die katholische Partei spalten und zwar in eine demokratische Arbeiter- und Bauernpartei und in eine konservative, von den Großkapitalisten beherrschte Partei.

In der sozialistischen Partei ist man im allgemeinen mit den Ergebnissen der Koalitionspolitik zufrieden. Wir haben allerdings eine Koalition, wo sich die „Koalition“ Parteien auf schärfste bekämpfen. Um nur ein Beispiel anzuführen: In Verfolg der großen Reichertmansaktion in der die Arbeiter anfänglich gegen Besuch des Genossen Sassenbach ihren internationalen Gefühlen gegen eine Sassenbach nationalisierter Schreier Ausdruck gaben, werden am 20. September und 6. Oktober von uns und den Nationalisten zwei Manifestationsveranstaltungen abgehalten werden. Bei uns wird Vandervelde, der sozialistische Justizminister, bei den Nationalisten sein Kollege, der Kriegsminister Devèze sprechen. Im nächsten ist die Mehrheit der Liberalen und die Hälfte der Katholiken in der Opposition. ...

Im belgischen Volke, besonders aber in der belgischen Arbeiterschaft, macht sich bereits ein Umschwung gegenüber Deutschland geltend und dies trotz der bitteren Erinnerungen aus der Zeit der deutschen Besatzung und besonders aber der Deportierung der belgischen Arbeiter nach Deutschland. Diese Maßnahme hat die tiefsten Stachel zurückgelassen.

Aber schließlich läßt auch hier die Zeit ihre heilsame Wirkung aus. Die Zeit allein ist es aber nicht. In dem Maße, in dem es klar wird, daß sich in Deutschland die Demokratie befestigt, das alte Regime abgewirkt hat, ändert sich auch die Haltung des belgischen Volkes gegenüber Deutschland.

Als dritter Faktor wirkt die Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedens von Versailles unhaltbar sind. Sie legen nicht allein Deutschland riesenlasten auf, sie schädigen die Alliierten selbst. Die Entwertung der Mark ist auch ein gefährliches Hindernis. Und wir haben eine weit größere Arbeitslosigkeit als Deutschland. Deutschland wird für uns ein gefährlicher Konkurrent und, was noch schlimmer ist, ein schlechter Kunde.

Im Interesse aller werden wir also früher oder später zu einer Revision des Vertrages von Versailles kommen müssen. Es muß eine internationale Verständigung unter Hinzuziehung Nordamerikas herbeigeführt werden, eine gegenseitige Erhebung der Schulden und schließlich eine internationale Kreditgewährung. Das ist der Weg, auf dem wir Sozialisten Belgiens eine Revision des Vertrages von Versailles anstreben.

Spekulation mit der Mark in Rußland. Nach der Mitteilung der „Gonomitscheskaja Schisn“ wird gegenwärtig in Rußland lebhafteste Spekulation mit der deutschen Mark betrieben. Der Kurs der Mark erreicht 750 Sowjetrubel. Die Nachfrage nach der Mark ist sehr stark, da sie in allen östlichen Gouvernements gleichsam als internationale Valutaeinheit betrachtet wird. Deutsches Geld wird nicht nur in den Dörfern des europäischen Rußlands, sondern auch in Turkestan, Buchara und Persien in Zahlung genommen. Bekanntlich sucht die Sowjetregierung die russischen Valutazustände zu isolieren allerdings durch die Einführung eines Geldrubels. Der bekannte Sowjetökonomist Preobraschenski hat auf der letzten allrussischen Konferenz das Mutter eines solchen Rubels gezeugt, was einen lebhaften Applaus hervorrief. Der Rubel wanderte lange von Hand zu Hand. Er zeigt auf der einen Seite einen fünfzigjährigen Ekron, auf der anderen die Inschrift „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“.

Eine Justiztragödie im kaiserlichen Deutschland.

Wie die Justiz im alten Deutschland ein willkürliches Machtmittel des Obrigkeitshauses war, ist sie jetzt zu einem Werkzeug der Reaktion geworden. Zu der Beurteilung dieses Charakters der Justiz trägt sehr wesentlich nachstehende Erinnerung bei, die Gen. August Müller aus seiner früheren Tätigkeit als sozialdemokratischer Redakteur im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht:

„In der letzten Nummer der „Magdeburger Volkstimme“, auf der nach irrtümlicherweise mein Name als Verantwortlicher zu lesen war — es war die Nummer vom 28. Juli 1898 — erschien auf der letzten Seite der Zeitschrift zwischen technischen Notizen und vermischten Nachrichten die folgende kleine Geschichte:

Wie die Alten jung sind...

(Die Geschichte spielt in Bagdad.)

Des vorerwähnten Herrschers zweiter Sohn, der jugendliche Prinz Zeit-el-Hiz, macht einen Spazierritt mit seinem Gefolge.

„Es ist bitter kalt. Ein Arbeiter steht am Wege. Ihn friert, und durch die zerfetzten Schuhe schimmern die Beine rot und blau vor Kälte.“

„Hat das Kind nicht mal anständige Schuhe anzuziehen?“ fährt es schmerzhaft aus dem Munde der prinzipalen Jähne.

„Königliche Hoheit, dieser Ausbruch ist unstatthaft.“ bemerkt der hirsche Gezieher.

Sie reiten weiter in starrem Trab. Ein altes Mütterchen humpelt über den Weg. Kaum können die Beine die allerschweren Schuhe tragen.

Das Pferd des Prinzen streift ihr Gewand, mit Wut entnimmt sie der Gefahr übertrieben zu werden.

„Nun das Kind nicht aus dem Wege sein.“ schreit der Prinz.

„Ich sehe mich jetzt verpflichtet, Majestät Meldung zu erstaten.“ sein der Hofmeister.

Er begibt sich, im Palaste angelangt, seiner Pflicht getreu, zum Sultan:

„Majestät, das Seine königliche Hoheit Prinz Zeit-el-Hiz ...“

„Na,“ unterbricht ihn der Herrscher, „was hat denn das Kind wieder angestellt?“

Die kleine Geschichte stellt eine jener Anekdoten dar, die seit mehr als einem halben Jahrhundert mit einer anderen Variation alle paar Jahre auftauchen und von den Anekdotenerzählern weiter verbreitet werden. So hat zum Beispiel im Jahre 1910 die „Milliardenpolitische Korrespondenz“ die gleiche Geschichte, diesmal aus Gründen des Hygienismus und mit keinen Abweichungen, verbreitet, nur daß sie diesmal in die kompromittierende Umkleehölle verlegt und der Ausdruck „Na“ durch „Oder“ ersetzt wurde, was man kaum als eine Verschönerung des Stils bezeichnen kann. Auch der Inhalt der Geschichte des abwesenden Ersten Staatsanwalts, während der Anekdote. Der Zufall wollte es aber, daß in der gleichen Nummer eine bedeutende politische Notiz erschienen war. Sie wurde zurückgelegt bis zur Rückkehr des Ersten Staatsanwaltes aus seinem Urlaub, der beim Durchblättern der Nummer die Geschichte aus Bagdad erblickte und sofort Anzeige wegen Majestätsbeleidigung erhob.

Am 7. Januar 1898 stand ich vor der Strafkammer am Magdeburger Landgericht, um mich gegen die erhobene Anklage zu verteidigen. Ich machte geltend, daß ich wider meinen Willen als verantwortlicher Redakteur am Kopfe des Blattes aufgeführt worden sei. Die Nennung des eigentlichen „Sapubigen“ lehnte ich natürlich, journalistischen Brauch folgend, ab, es waren aber der Schriftföhrer, der Verleger und der Schriftföhrer der Zeitung erschienen, um die Wahrheit meiner Verteidigung durch ihre Aussage zu bekräftigen. Das Gericht vernahm die Zeugen, lehnte ihre Verteidigung aber wegen Verdachtes der Falschheit ab und der Staatsanwalt beantragte in einem höchstens fünf Minuten dauernden

den Plädoyer meine Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Das Gericht brauchte auch keine längere Zeit zu seiner Beratung. Es fanden sich tatsächlich fünf preussische Richter, die wegen dieses Gesetzes einen jungen Menschen von 26 Jahren vier Jahre lang ins Gefängnis schickten, ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob sie nicht durch dieses Urteil vielleicht ein Menschenleben geistig und körperlich vernichteten. Das Reichsgericht bestätigte später das Urteil. Der bei der Urteilsfällung beteiligte Landgerichtsdirektor und der Erste Staatsanwalt sind nicht lange danach befristet worden. Auch der Oberstaatsanwalt, in dessen Sprengel sich das Ereignis vollzog, wollte nach seinen Kräften beihilflich sein, das begangene Verbrechen entsprechend zu ahnden. Als ich im Gefängnis saß, entzog er mir die Vergünstigung, schriftliche Arbeiten zu machen, mit der Begründung, nach meiner Vorbildung sei kaum anzunehmen, daß ich überhaupt imstande sei, geistig zu arbeiten. — v. Wittroß und Gaffron hieß der ahnungsvolle Engel — und fügte hinzu, da ich ja früher Gärtner gewesen sei, wäre die gegebene Arbeit für mich das Rübenhacken auf den Feldern provinziell-schäblicher Rübenbauern in Gemeinschaft mit Dieben, Rechtsverbrechern und anderen Delinquenten, denen der Herr Oberstaatsanwalt also den Majestätsbeleidiger durch die Presse gleichstellte.

Inzwischen hatte sich der für die Aufnahme der Geschichte wirklich verantwortliche Redakteur als Lächer gemeldet. Er erhielt drei Jahre Gefängnis, die er auch bis zum letzten Tage abtun mußte. Ich wurde im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, mein Kollege aber verließ das Gefängnis nach Abschließung seiner Post als verdorrter Mann und warf sich bald danach vor die Lokomotive des Berlin-Magdeburger Schnellzuges. Damit fand diese Justiztragödie ihr Ende. Sie ist ausführlich behandelt in einer Schrift über die Majestätsbeleidigungen in Deutschland, die in großer Auflage in englischer Sprache in den vereinigten Staaten verbreitet wurde, was gewiß keine moralischen Erörterungen für das Deutschland der Weimarerzeit und die deutsche Strafrechtswissenschaft bewirkte.

Rahn und Schmidt vor dem Schwurgericht.

Schluss der Beweisaufnahme.

6. Tag. (Fortsetzung.)

Ein „fachverständiger“ Zeuge.

Als nächster Zeuge erscheint Regierungsdirektor Mund, dem ein in einem halben Jahre das Pressebüreau bei der Polizei anvertraut ist. Früher war Mund bei der Regierung beschäftigt. Zeuge hat als Regierungskommissar der Sitzung beigewohnt und die schon oft erwähnten Schimpfworte Rahn's und Schmidt's gehört. Es habe eine große Erregung im Saale geherrscht, die nach Ansicht des Zeugen Täuschungen befürchten ließ. Senator Schümmer habe ihn zu sich herangerufen und vereinbart, daß sobald Schümmer die Hand aufhebe, die Polizei in den Saal einmarschieren soll. Herr Mund ist der Ansicht, daß es zu einer größeren Schlägerei gekommen wäre, wenn die Polizei den Sitzungssaal nicht besetzt hätte. Zeuge ist der Meinung, daß am 4. August die Regierung gestürzt werden sollte. Die Aufrufe und Artikel der „Arbeiterzeitung“, die die „Bewaffnung des Proletariats“ und die „Diktatur des Proletariats“ forderten, hätten deutlich darauf hingewiesen.

Die Frage der Verteidigung, ob auch anderes Belastungsmaterial durch die Hände des Zeugen gegangen ist, wird von ihm bejaht. Nähere Angaben darüber macht Mund jedoch nicht, unter Verweisung auf das Schweigegebot.

Zeuge sprach weiter von „dunklen Elementen“, die sich am 4. August auf Neugarten gezeigt hätten. Was unter „dunklen Elementen“ zu verstehen ist, konnte Herr Mund nicht so recht sagen. Ein Wachmeister der Sicherheitswehr will gehört haben, daß einer von diesen Leuten sagte: „Lass' uns hierher bestellt, wenn es doch nicht losgeht.“

Von der Verteidigung wird der Zeuge gefragt: Ob auch die Unabhängigen und Sozialdemokraten die Regierung stürzen wollten. Mund antwortet, daß bei diesen Parteien die Absicht nicht bestand, aber die Kommunisten hatten verstanden, diese Parteien vor ihren Wagen zu spannen. Der Zeuge vertritt die Ansicht, daß Rahn und Schmidt durch ihr Auftreten die Niederlage beim Generalfreistreich wieder gut machen wollten.

Der Generalfreistreich ist nicht mißlungen.

Abg. Gehl äußert sich auf Wunsch der Verteidigung über die vorliegende Aussage.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Ist es richtig, daß die Kommunisten einen Putsch planten die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften sich vor den Wagen der Kommunisten spannen ließen?

Abg. Gehl: Die „Arbeiterzeitung“ gebrauchte wohl starke Töne, aber einen Putsch habe ich nicht für möglich gehalten. Die Sozialdemokratische Partei läßt sich nicht vor den Wagen der Kommunisten spannen. Sie hätte jede Beteiligung an Demonstration und Generalfreistreich abgelehnt, wenn auch nur der geringste Argwohn aufgetaucht wäre, daß die Kommunisten einen Putsch beabsichtigten.

Rosenfeld: Ist der Generalfreistreich mißlungen und deshalb der Putsch beabsichtigt?

Abg. Gehl: Der Generalfreistreich ist nicht mißlungen. Er hat alle Erwartungen weit übertraffen, weil nur kurze Zeit zu seiner Vorbereitung zur Verfügung stand, und weil die Zeit ungünstig war. Es ist selbstverständlich, daß die Vorgänge in einem Polizeistützpunkt sich anders darstellen, als bei einem Gewerkschaftsführer, der seit 30 Jahren in der Arbeiterbewegung steht. Das Polizeiaufgebot am 4. August hat die Arbeiterschaft provoziert. Nicht durch die Polizei, sondern

trotz der Polizei wurde die Ruhe aufrecht erhalten.

Wenn sich der Senat mit den Vertretern der Parteien und Gewerkschaften zu Verhandlungen zusammengefunden hätte, wäre eine Verständigung zustande gekommen. Aber in Danzig ist es sehr schwer, den Senat zu einem Zugeständnis für die Arbeiterschaft zu bewegen.

Auf einen Hinweis des Staatsanwalts, daß in den Revolutionslagen Verbrecher befreit wurden, erklärt Abg. Gehl, daß seine Freunde das bedauern. Im übrigen habe der Verlauf der Revolution doch bewiesen, daß die Arbeiterführer die Massenbewegungen zu leiten verstanden.

Abg. Spill: Den Ausführungen des Abg. Gehl stimme ich voll und ganz zu. Der Generalfreistreich ist über alle Erwartungen gelungen. Selbst Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften erschienen am 1. August im Streikbureau und erbatene Verhaltensmaßregeln.

Rahn erläutert alsdann die Programme der sozialistischen Parteien und der Kommunisten.

Die Spitzberichte.

Der Zeuge v. Marciejowski, Kriminalbeamter in polnischen Diensten, bekundet, daß Berichte über kommunistische Putschbestrebungen im Handel waren. Ihm selbst sind von einem russischen Soldaten Abschriften solcher Berichte angeboten worden. Sie trugen die Unterschriften Jurit und Jochel. Zeuge ist der Ansicht, daß die Berichte gefälscht waren. Wahrscheinlich seien sie in Joppat hergestellt worden.

Rosenfeld ersucht den Staatsanwalt, die Berichte, die in dem Besitz der Staatsanwaltschaft sind, vorzulegen.

Der Staatsanwalt lehnt jede Erklärung über diese Frage ab.

Kriminalkommissar v. Polzchowicz hat die Genehmigung zu weiteren Ausfragen erhalten. Er bekundet, daß er mit den von der Verteidigung genannten Personen — größtenteils Russen — nicht über politische Dinge verhandelt habe. Durch seine Hand wären Berichte aus einem neutralen Staat gegangen. Von der beabsichtigten Ermordung der zwei Senatoren ist dem Zeugen nichts bekannt geworden.

Ein Zwischenspiel.

Auf ihren Wunsch wird die Abg. Frau Kalähne nochmals vernommen. Sie ist der Meinung, daß der Abg. Dr. Niehuis die Begehrenheiten vor und nach der Fraktionsbildung durcheinandergeordnet hat und läßt sich deshalb veranlassen, eine richtige Darstellung der Vorgänge in der berühmten Fraktionsitzung der Deutschnationalen zu geben.

Auf die Frage des R. Rosenfeld, ob die Zeugin vor ihrer jetzigen Vernehmung mit jemand über ihre Aussage gesprochen habe, kann sich Frau Kalähne anfangs darauf nicht besinnen. Nachdem der Vorsitzende und R. Rosenfeld ihrem Gedächtnis etwas zu Hilfe gekommen sind, entsinnt sich Zeugin, darüber mit ihren Parteifreunden Dr. Niehuis, Schwegmann und Dr. Treichel gesprochen zu haben.

Alsdann werden verschiedene

Protokolle des Volkstages vorgelesen.

Zunächst das von der Sitzung vom 24. August 1920, in der es zu Einmütigkeiten kam, so daß die Sitzung geschlossen wurde. Im Anschluß daran eine Erklärung Grünhagens vom 27. August 1920, in der diese Urmeinungen verurteilt werden. Es folgt die Rede Rahn's vom 8. Februar 1921 aus Anlaß der Verhaftung des Kommunisten

Wegmann. Rahn betont darin, daß er jede sachliche Beratung unendlich machen werde, bis das Unrecht wieder gutgemacht ist.

Rahn erklärt, daß die Verlesung der Protokolle gegen § 21 der Danziger Verfassung verstößt.

Weiter wird eine Rede des Abg. Rahn verlesen, in der mit der Anwendung von Gewaltmaßnahmen gedroht wird. Zum Schluss folgt eine Rede des Abg. Gebauer, anlässlich der Steuerdebatte am 25. Mai 1921, wo dieser den Kampf mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen das Gesetz ankündigt.

Ein Rechtfertigungsversuch Schümmers.

Das Material des Senats sind die Artikel der „Arbeiterzeitung“.

Senator Schümmer wird nochmals vernommen, um anzugeben, auf welche Grundlagen sich die Maßnahmen des Senats stützen. Zeuge verkündet, daß den Verhaftungen keine Verabredungen vorausgegangen seien, durch seine Anordnungen sollten lediglich Angelegenheiten verhindert werden. Es habe nie die Absicht bestanden, ein Exempel zu statuieren. Aus den Akten der Arbeiterschaft werde ihm der Vorwurf gemacht, daß er nicht früher gegen das Treiben der Kommunisten eingeschritten sei.

Der Zeuge erklärte ferner, daß die Anwesenheit der Polizei im Parlamentärsgebäude nichts Neues sei. Er sei überzeugt, daß die kommunistischen Bestrebungen sich gegen den Fortbestand des Staates richteten. Der Streik sei ein politischer gewesen. Das gehe aus den Aufrufen und Artikeln der „Arbeiterzeitung“, worin zur Diktatur des Proletariats und der Bewaffnung der Arbeiterschaft aufgefordert wurde, zweifellos hervor. Schümmer beruft sich auch auf die Fischmarkt demonstration. Er sei kein gewerkschaftlicher Streik gewesen; sondern ein politischer. Er sei ein Verbrechen gewesen, da auch die lebenswichtigen Betriebe stillgelegt werden sollten. Die Maßnahmen der Regierung wären von der Bevölkerung als Erlösung empfunden. Er habe keine Bedenken gehabt, den § 106 des StGB. gegen Abgeordnete anzuwenden.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden, ob der Zeuge noch über weiteres Material verfüge, antwortet Schümmer mit einem Ja, will Näheres darüber jedoch nicht sagen.

Auf Wunsch des R. Rosenfeld nimmt Abg. Gehl Stellung zu den Angaben Schümmers. Abg. Gehl erklärt, daß er die Artikel der „Arbeiterzeitung“ auch gelesen habe. Das waren hochtönende Worte und es war nicht im geringsten zu erwarten, daß die Arbeiterschaft ihnen folgen würde. Auch seien die Kommunisten viel zu schwach, um Putsche durchzuführen. Ueber die Fischmarkt demonstration befragt, erklärt Zeuge, daß er diese nicht verstanden habe, sie sei auch von Rahn mißbilligt worden.

Abg. Spill wendet sich als Gewerkschaftler gegen die Ansichten Schümmers. Obwohl dieser selbst christlicher Gewerkschaftsführer gewesen sei, kenne er die jetzigen Verhältnisse in den freien Gewerkschaften nicht. Die verschiedenen sozialistischen Parteien machen die politische Neutralität der Gewerkschaften zur unbedingten Notwendigkeit. Wenn der Streik politische Ziele verfolgen sollte, hätte der Gewerkschaftsbund nicht mitgemacht. Abg. Spill erklärt, daß er selbst als Gewerkschaftsführer den Generalfreistreich vorge schlagen habe. Der Gewerkschaftsbund habe statutenmäßig darüber beschloffen.

Vom Vorsitzenden Dr. Rufe wird die Anregung gegeben, auf die Vernehmung des Oberleutnants Simon zu verzichten. Der Staatsanwalt ist damit einverstanden, als auch die Geschworenen zu erkennen geben, daß sie auf diesen Zeugen verzichten.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Um 2 1/2 Uhr wurde die Verhandlung auf Montag vertagt.

„König Kohle.“

Voman von Upton Sinclair.

(Schluß.)

Eine gewissenhafte Untersuchung brachte die Tatsachen ans Licht, daß die Anzahl der registrierten Wähler in den geschlossenen Distrikten die der abgegebenen Stimmzettel um ein Beträchtliches übertraf. Schon dies allein müßte genügen, um eine offene und ehrliche Prüfung der Qualifikation dieser angeblichen Wähler anzustellen. Aus den Zeugenaussagen geht hervor, daß viele der Wähler, der englischen Sprache nicht mächtig, gegen jedes Gesetz ihre Stimmzettel einfach von dem Wahlleiter ausfüllen ließen. In dieser Stelle erklärt der Erlaß eingehend, durch welche List die Wahlzettel so gedruckt waren, daß man ihren Inhalt von außen erkennen konnte. Dieses Verfahren ließ die Wähler zu willenlosen Werkzeugen der Gesellschaft herab; sie schrieben ihren Namen oder malten ein Kreuz unter den Buchstaben K., wie ihnen befohlen wurde. Die Wahlen waren demnach weder der Ausdruck der Ansichten oder des Urteils, noch die Willensäußerung denkender Menschen; sie waren einfach das Diktat der Gesellschaft und der ganze Wahlakt eine pure Komödie, die sich ebenso gut ohne die Wähler hätte abspielen können. Ein größerer Mißbrauch ist kaum denkbar.

Der Rechtsanwalt behauptet, daß die Eingrenzung der Distrikte eine „industrielle Notwendigkeit“ darstelle und daß die Maßnahmen der Gesellschaft während der Wahlkampagne gerechtfertigt seien. Man mag diese Maßregel nachsichtig beurteilen, solange sie sich auf Privatbesitz beschränken, unangelegentlich erscheinen sie, wenn sie sich auf öffentliche Gebäude und Gebäude erstrecken, vor allem wenn sie das Volk in der Ausübung seiner Staatsbürgerrechte und -pflichten hindern.

Es geht aus der Verhandlung hervor, daß sowohl die Mitglieder der County-Kommission, als auch alle anderen Beamten des Staates der republikanischen Partei angehörten. Daß der Sieg dieser Partei von vitalem Interesse für die Kohlenindustrie war, ist einleuchtend. Es herrschten auffällig enge Beziehungen zwischen dieser und den republikanischen Beamten und Kandidaten, denen das Wohl der Gesellschaft mehr am Herzen zu liegen schien, als das Wohl ihres Landes. Es hieß, die menschliche Intelligenz und Erfahrungen gering einschätzen, wollte man behaupten, daß die von der Gesellschaft einzig und allein zu ihrem Nutzen und Frommen getroffenen Einrichtungen nicht mit Wissen und Gutheißung der Behörden vorgekommen worden seien. Es ist klar, die Errichtung der neuen Bezirke bezweckt ausschließlich, daß die Gesellschaft die

Nur ist es, daß die Behörden diese Modifikation auf Wunsch, wenn nicht auf Befehl der Gesellschaft veranlassen.

Eine freie, offene, ehrliche Wahl, wie die Konstitution sie fordert, ist ausgeschlossen, wenn industrielle Privatunternehmungen die öffentliche Meinung unterbinden, dem Wähler die freie Wahl unmöglich machen die Agenten beeinflussen und kontrollieren, öffentliche Besprechung öffentlicher Angelegenheiten verbieten und sich selbstherrlich das Recht der Entscheidung anmaßen, welchem Staatsbürger und welchem nicht der Zutritt zur Wahlstätte oder einem öffentlichen Ort gestattet werden soll.

Wir finden in unseren Büchern kein Beispiel eines so frechen Betruges: nur durch die Erforschung des Buchstabens und des Geistes der Gesetze dieses freien Landes können wir die Wege finden, auf der solche Verhalten zu wagen ist.

Die Verkürzung des friedlichen Versammlungsrechts bezweckt ausschließlich die Beeinflussung der Wahlen. Bis zum Zeitpunkt derselben und dieses Prozesses herrschte Ruhe in den genannten Bezirken; die anwesenden überörtlichen Truppen sorgten zu allen Zeiten für die Erhaltung der Ordnung und schützten Leben und Eigentum; Zusammenkünfte waren nicht vorausgesehen. Unter diesen Umständen war das Versammlungsverbot ein schamloser frecher Übergriff in die unveränderlichen, natürlichen Rechte jedes Staatsbürgers.

Die Verteidigung stützt sich nicht auf die in vielen Fällen widerprechenden Zeugenaussagen, sondern auf die von den Angeklagten gestellte Behauptung, daß diese Art der Wahlführung eine „industrielle Notwendigkeit“ sei.

In den letzten Jahren hörten wir in diesem Staate viel von „militärischen Notwendigkeiten“, die in vielen Fällen vorgegeben wurden, in denen der Staatsbürger sich in der Ausübung seiner Rechte verletz sah; nie vorher aber hörten wir von einer „industriellen Notwendigkeit“ als Rechtfertigung der Vergewaltigung der fundamentalen Rechte des freien Mannes.

Die „militärische Notwendigkeit“ mag unter gewissen Bedingungen nicht unbegründet sein, wenn es sich darum handelt, durch das Eingreifen der Arme Ruhe und Sicherheit auszuwahren; nie und nimmer aber darf geduldet werden, daß unter dem Vorwand der „industriellen Notwendigkeit“ ein Privatunternehmen mit Hilfe von privater bewaffneter Macht die Staatsbürger ihrer Wählerrechte beraube. Dieses Verfahren ist ein zu anarchisches um die Unterstützung der Gerichtshöfe zu finden.

Dieser Fall kann als eine Ausnahme von der Regel betrachtet werden, insofern Vorurteil und Neigung des Richters die Ergebnisse der Untersuchung beeinflussten.

Bei aussermerksamen Lesen des Protokolls wird es klar, daß nur ein voreingenommener Richter die „lelen und unverständigen“ behaftenden Aussagen der klägerischen Partei verwenden konnte. Diese Voreingenommenheit geht auch aus dem Antrag des Richters

auf Verlegung der Nichtstelle hervor. All dies genügt, um die Umstößung des Schiedspruches zu begründen.

Sich auf diese Tatsachen stützend, erklärt der Oberste Gerichtshof das Urteil des Distriktsgerichtes als hinfällig; in Riggerhead, Koberwood, Walsen-Mine, Baskiew, Pryor, Kouse und Cameron als null und nichtig und die Wahl als endgültig. Jeder der Kandidaten verfügt über die Stimmen dieses County, und es steht ihm der Weg zu dem Amte offen, für das er dasmal kandidierte.

Wir bekunden ferner, daß der Angeklagte J. W. Hart nicht der rechtmäßig gewählte Sheriff von Guerjano County ist, noch es jemals war; der Kläger G. A. Reilly war und ist der rechtmäßig gewählte Sheriff. — Wir verfügen daher, daß sowohl die Behörde des County als auch Reilly selbst die nötigen Maßregeln treffen, damit dieser unzugänglich und unter den von dem Gesetz vorgeesehenen Bedingungen befristet Amt antrete.

Diesem Urteil des Obersten Gerichtshofes über die Kohlenbergwerkspolitik hat der Autor nur noch einen Kommentar beizufügen. Können wir uns aber, damit die Sache für erledigt zu halten und zu glauben, daß, weil eine Schar bestreifter Beamter in einem amerikanischen County vom Amt gejagt wurde, nun die Gerechtigkeit endgültig gesiegt habe, und daß keine Ursache mehr vorliege, sich mit den in „König Kohle“ geschilderten Mißständen zu beschäftigen. Die Niederlage des Königs von Guerjano County ist nur ein Schritt auf dem laien Wege, der den Kohlenarbeiter von Colorado aus Freiheit führt. Die Unternehmer verlieren durch diesen Schiedspruch nichts von ihrer Macht, einer Macht die größer ist, als die der Regierung von Guerjano County, ja selbst des Staates Colorado je war. Die industrielle Gewalttätigkeit ist eine klaffende, weitverbreitete Wunde; solange diese nicht ausgerottet wird, werden immer neue Kriege der Giftplage emporschicken, der Giftplage, die den Namen trägt; politische Betrug, Vorsehung, Ehrlosigkeit. Die Bürger und Arbeiter dieser industriellen Gemeinwesen, sei es in Colorado, in West-Virginia, Alabama, Michigan oder Minnesota, in den Schlachthallen von Chicago, den Stahlwerken von Pittsburgh, den Wollwebereien vor Lawrence oder den Seidenwebereien von Paterson, nie werden sie zu Frieden und Freiheit gelangen, ehe sie das System der Produktion für Gewinn niedergezungen haben. Ihr Ziel wird erst dann erreicht sein, wenn an Stelle dieser ruchlosen Systeme dem Arbeiter auch auf industriellem nicht nur auf politischem Gebiete, sein Recht wird; eine Regierung des Volkes; durch das Volk, für das Volk.

Rachschrikt.

In dem Tage da der Verfasser den Wartenabzug von „König Kohle“ durchlas, las er in seiner Tageszeitung folgende Rachschrikt: „Die Minenarbeiter von Colorado verlangen Ermächtigung zum Streik.“

Ende.

Die „Anklage“rede im Rahn - Schmidt - Prozeß.

Die heutige Schwurgerichtssitzung.

Der Vorstehende, Landgerichtsdirektor Dr. Ruse verliest die Anklage. Sie lautet:
 1. ob der Kaufmann Wilhelm Rahn schuldig ist, gemeinschaftlich mit anderen unternommen zu haben, den Volkstag gewaltsam auszulösen, oder die Beschlußfassung zu verhindern oder zu verzögern;
 2. ob die gleichen Taten unter Umständen vorliegen;
 3. ob die gleichen Taten unter Umständen vorliegen;
 Die gleichen Fragen werden für Schmidt vorgelegt.
 Das moorsche Gebäude der Anklage.

Staatsanwalt Dr. Ranzow: Dieser Prozeß ist ein politischer Prozeß. Taten, die auf diesem Gebiet liegen, werden nicht erörtert. Werturteile jedoch nicht abgegeben. Ich will nicht erörtern, ob der Kommunismus die Welt aus dem Gland herausführt oder nicht. Dieser Prozeß führt 99 Prozent der hier verhandelten Stoffe herbei. Einzig die Vorgänge des 4. August, wobei es auch auf die früheren Vorgänge zurückgegriffen muß. Es muß die Frage geprüft werden, ob die Taten im Affekt getan wurden, oder ob das Vorgehen planmäßig erfolgte. Deshalb muß man die Vorgänge beobachten, die sich vor dem 4. August abspielten. Am 4. August entstand Lärm, Sturmstimmungen usw. Rahn erklärte: Wir behandeln nicht, ein Beschluß kommt nicht zustande. Als Rahn aus dem Rednerpult bestieg, starrt ihm ein Wall von Säulen entgegen. Die auf Kommando wird das Rednerpult bestiegen. Wasser ausgegossen, Abg. Jewelowski belästigt usw. Rahn geht vor dem Rednerpult auf und ab und erklärt, heute wird keine Beschluß gefaßt. Abg. Rahn geht auf die Tribüne um da aufreizende Reden zu halten. Wir haben nur 1 Prozent von dem gehört, was hätte vorgeführt werden müssen. Bedeutung erhalten die Vorgänge erst durch den Hintergrund, auf dem sie sich abgespielt haben. Rahn hat zu Beginn des Prozesses den Vergleich herangezogen, daß ein politisches Verbrechen nicht mit einem Diebstahl oder Mord verglichen werden kann. Dieser Vergleich ist zutreffend. Ein politisches Verbrechen gleicht eher einem Sprengstoffverbrechen. Das Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz ist schon begangen, wenn die Zündschnur angezündet ist. Rahn sieht nur ein kleines Flämmchen und der Täter ist schwer zu fassen, wenn das Verbrechen zum Erfolg geführt hat. So ist es auch bei politischen Verbrechen. Nur in den Anfangsstadien kann man den Täter fassen. Abg. Ruse hat gesagt, daß ihn ein Gefühl des Mordes abgehalten. Abg. Ruse hat gesagt, daß ihn ein Gefühl des Mordes abgehalten. Abg. Ruse hat gesagt, daß ihn ein Gefühl des Mordes abgehalten. Abg. Ruse hat gesagt, daß ihn ein Gefühl des Mordes abgehalten.

Es ist von den Angeklagten behauptet worden, daß sie ein dringendes Interesse daran gehabt hätten, daß das von ihnen vorgelegte Gesetz über die Getreidebewirtschaftung beschlossen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Durch die Vereinbarungen der Mehrheitspartei war die Entscheidung gegen das Gesetz schon gefällt. Die Beschlußfassung über das Gesetz wäre ein Vertrauensvotum für den Senat geworden; das wollten die Angeklagten verhindern.
 Der Generalkreis war misslungen. Für den gleichen Tag, am 1. August, ein Tag bedeutsamen Angebots, war als Demonstration der Volkstag zusammenberufen. Was aus der Strafe misslungen war, sollte im Volkstage vollbracht werden. Es sollte etwas passieren. Und den Massen, die anscheinend den Händen ihrer Führer entglitten, sollte gezeigt werden, daß ihre Abgeordneten noch Macht besitzen. Die Aussagen der Zeugen Kerst und Len haben diese Ansicht bestätigt. Rahn hatte das Bestreben, Macht an sich zu reißen. Durch das Polizeiaufgebot wurde die Ruhe während des Generalkreises aufrecht erhalten. Es bestand die Gefahr, daß der Führer die Macht über die Massen verloren. Dann stand im Hintergrund die unverantwortliche Masse, die dann Dinge begeht, die von den Führern nur angedeutet sind. Der Ausschusschaus: „Tod dem Senat“ sei typisch. In freibildigen Zeiten kräht kein Hahn nach einer solchen Neuerung. In einer Zeit aber, wo die Brandfackel an Gebäude gelegt wird, wo politischer Mord und Totschlag nicht zu den Ausnahmen gehört, fällt eine solche Neuerung schwer ins Gewicht. Die Worte „mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln“ können alles oder nichts bedeuten. Ich habe den Eindruck, noch ein kleines Weisheit, und der Punkt wäre ins Pulverfass geflogen.

Durch das Vorgehen des Angeklagten Rahn gegen Dr. Niehaus ist der Tatbestand des § 106 des StGB. gegeben!

Es ist oft erwähnt worden, daß sich solche Szenen schon oft im Danziger Parlament abgespielt haben, ohne daß der Staatsanwalt eingeschritten wäre. Den Abg. Niehaus habe man z. B. durch Ständehaltung am Reden verhindert, das ist improvisiert geschehen. Auch der Fall Götter liegt da. Die Tat geschah im Affekt als Vergeltung für eine Beleidigung. Am 4. August hat man jedoch in der Wut die Pflicht der Verhandlungen unmöglich gemacht. Rahn hat ausdrücklich erklärt, die Verhandlungen können nicht zustande. Ferner hat er versucht, dem Vorsitzenden die Sitzung fortzunehmen.
 (Der Staatsanwalt redet bei Schluß der Redaktion weiter.)

Danziger Nachrichten.

Eine wichtige Entscheidung in Mietsfragen

fällte das Mieteinigungsamt Ohra. Der Besitzer des Grundstücks Ohra, Hauptstraße 33, behauptete, daß er in dem Verwaltungsjahre 1. Mai 1920 bis 1. Mai 1921 in der Verwaltung seines Hauses erheblichen Schaden gehabt habe, weil die Ausgaben dieses Zeitraumes die Einnahmen um 3079,24 Mark überstiegen hätten. Die Mehrausgaben seien durch notwendige, im Jahre 1920/21 ausgeführte bauliche Instandsetzungen, sowie durch Erhöhung der vom Grundstück zu entrichtenden öffentlich-rechtlichen Abgaben entstanden. Der Hauswirt beantragte, daß die Mieter, nach der Größe ihrer Wohnung, die Summe nachträglich zahlen, und begründete seine Forderung mit dem § 9 des Mieterschutzgesetzes.

Die Ausgaben setzen sich zusammen aus Hypothekenzinsen, Gebäude- und sonstigen Steuern, Versicherungen, Reparaturen, Treppenbeleuchtungskosten usw.
 Die Mieter haben die Höhe der angegebenen Ausgaben — bis auf einige kleineren Beträge — nicht bestritten, aber erklärt, daß, wenn die am Grundstück notwendigen Reparaturen rechtzeitig früher gemacht worden wären, dem Hausbesitzer im Jahre 1920/21 größere Ausgaben erspart geblieben wären. Die Mehrausgaben wären vom Hausbesitzer selbst verschuldet und daher auch von ihm zu tragen. Der Hausbesitzer müsse nachweisen, daß die Mehrausgabe von ihm nicht verschuldet sei.

Das Gericht beschloß die Abweisung der Forderung des Hausbesitzers. Die von ihm beigebrachte Aufstellung der Ausgaben lasse erkennen, daß sämtliche Ausgabenposten solche sind, die bei jeder Grundstücksverwaltung bei dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge entstehen. Keine der Ausgaben sei für außer gewöhnliche Arbeiten entstanden.
 Die durch die Erhöhung der Materialpreise und Arbeitslöhne gesteigerten Reparaturkosten sind durch die Erhöhung der Mieten bereits gedeckt worden. Es lag deshalb kein Anlaß vor, die Mieter mit dem Fehlbetrag zu belasten. Die Kosten des Verfahrens, 75 Mark, wurden dem Kläger auferlegt.

Bildungsarbeit im Winterhalbjahr.

Wie früher, veranstaltet der Arbeiter-Bildungsausschuss auch in diesem Winter eine Reihe von Vortragskursen, die im Vortragslokal der Gewerkschaften, Hebelius-Platz 1-2, 2 Tr. stattfinden werden. In der ersten Vortragsreihe, die am Donnerstag den 20. Oktober, abends 7 Uhr beginnt und fortlaufend Donnerstags folgt, wird Herr W. Stiegemeier in sechs Abenden „Wesen und Geschichte der Religion“ behandeln. Aus den einzelnen Stunden ist hervorzuheben: Begriff, Ursprung und Wesen der Religion; Religion und Kultur, Religion und Ethik; Ethik, Ethik und Erlösungsreligionen (Judentum, Mohammedismus, Christentum, Buddhismus), Begriff der Seele, Jenseitsglaube, Sozialismus und Religion, Weltkrieg und Religion, Zukunftsreligion und ihre Ausläufer und andere. Außerdem sind noch ein Einzelvortrag und ein Kursus über neuere sozialistische Fragen und anderes in Vorbereitung. Der Arbeiter-Bildungsausschuss glaubt mit diesen Veranstaltungen dem Bildungsbedürfnis der Arbeiter-

klasse entgegenzukommen und verweist auf geistlichen Zustand. Die Karten zum ersten Kursus sind zum Teil von 5 Mark in den Gewerkschaftsbüros, Hebelius-Platz in den Verkaufsstellen der „Rohstoffwerke“, am Spandauer und Parochienplatz 22, im Gewerkschaftsbüro 2, Tamn 7, 8 Tr., und an der Klenckstraße erhältlich.

Ein Schiffsverkehrsbericht aus Kurland wurde gestern nachmittag am Kielgraben ausgeteilt. Die Tiere, es waren 120 Rinder und 250 Schafe, wurden am Bauquart durch die Schiffswinde an Land gefaßt, wo sie sofort ärztlich untersucht wurden. Sie waren trotz der längeren Seereise ohne Ausnahme gesund. Wie wir hören, sollen diesem Transport, der einem hiesigen Großhändler gehört, noch weitere folgen. Die Tatsache, daß wir für unsere Fleischversorgung bereits auf größere Lieferungen aus dem Auslande angewiesen sind, zeigt, wie strapallos das Verlangen nach einer Ausfuhrfreigabe für unser einheimisches Vieh ist.

Handelshochschule. Wie aus dem Anzeiger der vorliegenden Nummer ersichtlich, beginnt das Wintersemester der Danziger Handelshochschule am Montag, den 31. Oktober 1921, wie üblich in den Räumen der Technischen Hochschule. Auf die wiederholt gehaltenen Vorlesungen aus den Gebieten der Volkswirtschaftslehre, der Rechtskunde und der Sprachen kommen wir noch zurück.

Für die Tuberkuloseheilstätte in Jendau sind bisher 38 Betten gestiftet worden. Darunter 4 Betten aus Joppot. Die Ausgabe der Tuberkulose-Briefmarke ist gestern erfolgt.
 Die jüdische Gemeinde versammelte sich gestern mittag zahlreich zu einer Gedächtnisfeier für ihre im Weltkriege gefallenen Mitglieder und zur Enthüllung einer Ehrentafel in der Neuen Synagoge. Die Bethpredigt hielt Oberrabbiner Dr. Kellner. Die Ehrentafel weist 56 Namen von jüngeren und älteren Mitgliedern der Gemeinde auf, die im Weltkriege gefallen sind.

Verunglückter Schlepptzug. Der Danziger Schlepptugdampfer „Eise“, geführt vom Kapitän Schlegel, nahm in Stettin drei Leichter ins Schlepptau, die mit 800 Tonnen Zement beladen waren. Die Fracht sollte nach Elbing gebracht werden. Am 25. September begann die Reise. In der Gegend von Heisterwitz brach die Trasse zwischen dem Leichter 1 und 2. Dadurch wurden die beiden letzten Leichter vom Schlepptugdampfer getrennt. Vergeblich wurde versucht, die beiden treibenden Leichter wieder einzufangen. Der Kapitän mußte sich entschließen, mit dem Leichter 1 nach Danzig als Kothafen einzulaufen. Am 29. September ließ der Dampfer in Neufahrwasser ein und kehrte sofort wieder um. Als er zur Unfallstelle zurückkehrte, sah er die beiden Leichter getrennt am Strande. Die Leichter wurden mitgeschleppt und der 3. Leichter war bereits am Strande aufgelaufen, die Mannschaft wurde vom Strande aus gerettet. Der 2. Leichter war nur noch 14 Kilometer vom Strande entfernt. Mit großer Mühe gelang es nun, diesen Leichter ins Schlepptau zu nehmen. Er wurde am 1. Oktober in den Hafen von Neufahrwasser eingebracht. Hier legte der Kapitän Berklarung ab. Die Höhe des Schadens ist noch nicht festgestellt.

Defraudant Römer zu Justizhaus verurteilt. Nach der „Braunschweiger Zeitung“ ist der frühere Oberleutnant Römer zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er in einem D-Zuge zwei Handtaschen mit Inhalt stahl. Es scheint der Römer zu sein, der von der hiesigen Staatsanwaltschaft strafverurteilt wird, da dies in dem Gerichtsbericht ausdrücklich hervorgehoben wird. Römer war bekanntlich Gründer des Joppoter Spielklubs und Leiter des städtischen Großmarktes. Er machte hier unsaubere Geschäfte und verschwand darauf, mit einer größeren Geldsumme. Später wurde er in Hamburg verhaftet und auf dem Transport nach Danzig gelang es ihm, die Flucht zu ergreifen, die erneut ein unglückliches Ende nahm.

Veranstaltungs-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die in der Sonnabend-Ausgabe für heute, Montag, abends 6 Uhr, nach der Mauerherberge, kleiner Saal, angekündigte außerordentliche Branderversammlung ist für die Brände der Elektromotoren.

Ständesamt vom 10. Oktober 1921.
 Todesfälle: Arbeiter Friedrich Kirchen, 57 J. 5 M. — Kontoristin Hildegard Rohmel, 17 J. 9 M. — Hilfswachmeister vom Reichs-Wasserbauamt Potsdam, Kurt Kramer, 21 J. 2 M. — Frau Frieda Duff geb. Appelbaum, 55 J. 6 M. — Wirtschaftlerin Elisabeth Schulz, 55 J. 11 M. — Frau Henriette Dautert geb. Wolf, 74 J. 10 M. — Kaufmann Walter Ruben, 24 J. 11 M. — Frau Dora Wiest geb. Lucht, 65 J. 6 M. — Unheil, 1 Sohn.

Heutiger Devisenstand in Danzig.
 Polnische Mark: (Kausl. 2,40) 2,525 am Vorigen 2,35
 Dollar: 123 „ „ 122
 Engl. Pfund: 465 „ „ 485
 Franz. Franks: — „ „ 885
 Schweiz. Franks: — „ „ 2150

Wasserstandsnaurichten am 10. Oktober 1921.
 8. 10. 9. 10.
 Gornitzsch 30 30
 Warchau 0,51 0,57
 Plock 0,20 0,20
 Thorn 0,18 0,18
 Gornitzsch 0,37 0,38
 Gornitzsch 0,53 0,53
 Gornitzsch 0,41 0,43
 Gornitzsch 0,04 0,05

Montanerspitze 0,49 0,50
 Pöckel 0,53 0,54
 Diekau 0,67 0,67
 Gielage 2,28 2,34
 Schönbach 2,50 2,56
 Schönau D. P. 6,22
 Galsenberg D. P. 4,65 4,66
 Neuhofenbush
 Anmach 1,10 1,15

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber, Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Odra — Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

Stinnes in der Filmindustrie.

Wie man die öffentliche Meinung einfängt.

In einem Aufsehen erregenden Roman „Der einzige Weg“ lobt der Franzose Paul Reboux seinen Helden, den Schriftsteller Jacques Réal, mit einem Pariser Chefredakteur sich unterhalten. Réal spricht über die Korruption der bürgerlichen Presse und Réal fragt den Journalisten, warum denn in den armen Stadtvierteln eine Nummer der „Humanität“ neben die 12 „Journals“ verkauft würden. Die Antworten aus den Fabriken, so erwidert der Chefredakteur, wollen sich am Klatsch über Prinzessinnen berufen. Die kleinen Mädchen und die alten Damen stützen sich auf die Abenteuer des Gentlemanverbrecher. Die sozialistischen Zeitungen verkaufen, ihre Mitbürger zu erziehen. Solche Lächerung! Die Partis ist schon im Vorhinein verloren!
 Dieser bittere Vermiss hat mit seiner scharfen Kritik unserer Zeitungsleser nicht ganz unrecht. Der fühlige, sentimentale Klatsch bürgerlicher Bürgenplankegen findet noch immer Massen von Lesern auf dem arbeitenden Volke. Ganz ähnlich liegen die Dinge beim Film. Unabwiesbar starren in unseren Großstädten Tausende von Proletariatsaugen auf die weiße, kimmernde Wand, um sie einen Augenblick einen Bild in jenes, wie sie meinen, wunderbare Leben zu tun, daß ihnen verschlossen ist. Sie ahnen nicht, welche unwahre, erlogene Welt ihnen von geschäftstüchtigen Unternehmern da vorgegaukelt wird.
 Gewiß, es gibt gute Filme. Beispielsweise haben manche Hauptfilme hohen kulturellen Wert. Aber diese Dinge sind nur in großen Theatern mit teuren Plätzen zu sehen. Im Proletariatskino herrscht der Klatsch, werden die unwahren Behauptungen einer Gesellschaft verherrlicht, die reich ist für den Untergang.
 Welche gefährliche Propagandamittel, wird man sagen. Ja allerdings, dreifach gefährlich, seitdem die deutschen Trübs, seitdem Stinnes — der Name deckt ein System — Einfluß auf den Film zu gewinnen sucht.
 Die deutsche Filmindustrie, vor dem Kriege ziemlich bedeutend, hat sich während des Krieges außerordentlich entwickelt, und daß sie, die früher gegen die ausländische Konkurrenz sich nicht halten konnte, heute allenthalben zu scharfen und erfolgreicheren Wettbewerbern übergeht. Die ersten großen Massfilme (Anna Bolka, Wadane Dubarv u. a. m.) haben beispielsweise in Amerika unglaubliches Aufsehen erregt. Die deutsche Filmindustrie hat sich bereits den dritten Platz in der Reihe der deutschen Industrien erobert. Das Gesamtkapital wird auf etwa 20 Milliarden geschätzt. Bereits 1919 zahlten die Filmfabrikanten mehr als sieben Millionen Mark Umsatzsteuern. Während 1912 elf herrschende Firmen etwa 233 000 Meter Film erzeugten, sind heute über 200 Firmen vorhanden mit

einer Produktion von etwa zwei Millionen Metern. Der Zentralverband der Filmverleiher Deutschlands, jene Mittelorganisation, die sich zwischen Filmherzeugung und -verwertung herausgebildet hat, umfaßt bei seiner Gründung 1916 ganze 35 Verleiher, im Januar 1921 aber bereits 265. Die Zahl der organisierten Arbeitnehmer beläuft sich auf etwa 14 000 Arbeiter, 6000 Angestellte und 2000 Schauspieler, gar nicht zu reden von den nichtorganisierten und den Hilfsberufen der neuen Industrie.
 Ueber die Verbreitung des Filmindustriellen orientieren folgende Zahlen: Im Jahre 1918 gab es in Deutschland 2250 Kinos (Einwohnerkontingent pro Kino 13 000), in England gab es 5000 (Einwohnerkontingent pro Kino 8000) und in Amerika 80 000 Kinos bei einem Einwohnerkontingent von nur 4000 pro Kino. Diese knappen Angaben beweisen, daß die Filmindustrie eine große volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt hat, mit der gerechnet werden muß. Es ist interessant zu wissen, daß die Konzentrationbewegung, also das Zusammenwachsen immer größerer Monopolbetriebe, auch in dieser jungen Industrie trefflich zu beobachten ist. Der Kampf des Ufa-Konzerns und der Nationalfilm A. G. um die Decca-Bisstop A. G. hat neuerdings die Aufmerksamkeit auf diese Dinge gelenkt.
 Was Wunder also, daß auch der Stinnes-Trust in diese aufstrebende Branche hineingreift! Im „Tagebuch“ (Berlin) war jüngst zu lesen:
 Stinnes ist mit 25 Millionen Mark in die Filmindustrie gegangen. Er will nämlich mit Hilfe seiner Freunde eine Gesellschaft mit 150 Millionen Mark schaffen, die sich in Potsdam mit Kinosbauplänen in Anspruch nimmt und nach aus der Reihe herausgehoben ist. Die Gesellschaft soll unter Stinnes' Leitung stehen, daß ein Zuschuß zur Erfüllung der Manuskripte eingeleitet ist, dem auch Stinnes selbst einen Zuschuß von 10 Millionen beisteuert. Es scheint, als ob man bei dieser Forderung weniger auf künstlerische, als auf politische Momente Rücksicht nehmen will. Offensichtlich, Mitbürger, Wahrung auf den Stinnesfilm!
 Diese Warnung ist nicht als bedrohlich, sie ist dringend notwendig. Denn es kann nicht anders sein, daß Herr Stinnes sich nicht etwa nur deshalb in den Filmindustrie einmischt, um ein neues Absatzgebiet für die Erzeugnisse seines vertikalistischen Staates zu gewinnen, sondern um ein neues Mittel zur Erwerbung und dauernden Beherrschung der menschlichen Geistes zu besitzen. Zu den Zeitungen und Rundfunkunternehmen gesellt sich ebenfalls der Film, vom Reichsverband der Judenverbände geübert. Es wird die Aufgabe aller Sozialisten, Demokraten und Pazifisten sein, die Stinnes-Stinnes-Judenverbände sorgfältig zu überwachen und rechtlich Klammern auszulösen. Eine neue Art Volkserziehung droht unserer Jugend!



Umschau.

Von Hans Klautermann.

Kulch starb einer meiner Bekannten ganz unerwartet. Im Bewusstsein, ihn nun nie wieder sehen zu können, ließ ich mit die Tage im Gedächtnis zurück, an denen ich zuletzt mit ihm zusammen gewesen war. Plötzlich erinnerte ich mich, daß ich das letzte Mal in der Ecke vergessenen hatte, ihm beim Abschied die Hand zu geben. Diese Unterlassung war nicht mehr gutzumachen und ich kam mir ganz erbärmlich vor. Da brachte die „Kreuzzeitung“ einen Brief des Herrn v. Hindenburg, der mich belehrte, wie veraltet meine Anschauungsweise ist. Als nämlich der Generalfeldmarschall vom Tod Erzbergers hörte, wurde er daran erinnert, daß er ihm Ende 1918 die Hand gegeben hatte. Er hielt es nun für seine Pflicht, der Gesellschaft zu erklären, er bedauere seinen Gähndank. Im Augenblick stichtiger Begegnung mit Erzberger seien ihm „nicht alle Einzelheiten geläufig“ gewesen. Mein Gewissen war sofort entlastet. Ein Hindenburg wird besser als so ein armenlicher Klautermann wissen, wie man sich zu verhalten hat, wenn er jemand einen traurigen Tod gesunden hat.

Es ist auch durchaus verständlich, wenn einem Manne mit der schweren Aufgabe, ein Volk durch das Stahlbad des Krieges zu führen, am Ende seines Wertes das Ergebnis nicht gleich in allen Einzelheiten geläufig ist. Das Unglück von Oppau bewegt ganz Europa. Dabei fielen 600 Menschen auf dem Feld der Arbeit. Im Kriege starben täglich die ganzen vier Jahre lang über 1200 deutsche Soldaten. Bei einer so ungeheuren Verwundung mußte sich natürlich die Oberste Heeresleitung um die Politik kümmern und, falls ein Minister von Frieden sprach, ihn fallstellen, auch wenn er schon Kühnmann hieß. Aber nach Abschluß des Waffenstillstandes ging die Oberste Heeresleitung die Politik den Dreck was an. Denn der Krieg war zu Ende, und da brauchen

ihre selbstverständlich alle Einzelheiten nicht sofort geläufig zu sein. Dagegen boten die Männer, die vor kurzem den 42. Deutschen Kongress in Karlsruhe abhielten, ein erstklassiges Bild virtueller Geläufigkeit. Sie erledigten spielend den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Abtreibungsparagrafen des StGB. Die Sozialdemokraten wollten eine Frau strafflos wissen, die in den ersten drei Monaten ihre Schwangerschaft unterbricht. Sie gehen dabei offenbar von der Anschauung aus, daß der Gedanke an Mord hier nicht aufkommen kann, weil ein Wesen, bei dem das Großhirn noch nicht arbeitet, kein Mensch ist. Das ist eine irrtümliche Auffassung. Viele Leute bilden voll Stolz auf jahrelange politische oder militärische Tätigkeit zurück, und doch ist niemals auch nur für einen Augenblick eine Funktion ihres Großhirns zu spüren gewesen.

An richtiger Erkenntnis dieser Tatsache hat der Kongress einstimmig drei Leitsätze angenommen, aus denen hervorgeht, man sollte alles so lassen wie es war. Die Paragraphen haben sich ja auch in der alten Fassung nicht mit bewährt. Ebenso verhält es sich mit den Paragraphen, die das Duell behandeln und Todschlag im Zweikampf mit Teilnahmehaft von 3 Jahren bedrohen. Auch diese Bestimmungen müssen im neuen Strafgesetzbuch bestehen bleiben. Denn in den Motiven lesen wir zu unferer Genehmigung: „Der Versuch der Geseßgebung, das Duell mit exceptionalen harten Strafen zu bedrohen, hat sich unwirksam erwiesen. Die Sitte des Duells hat sich noch immer stärker erwiesen als das geschriebene Gesetz.“ Dagegen üben die Abtreibungsparagrafen bekamtlich zuverlässig ihre Wirkung aus. Die Ärzte verfügen über Erfahrung. Sie wissen genau, daß heutzutage fast niemals mehr die Schwangerschaft künstlich unterbrochen wird.

Sie können der Sympathien des ganzen Volkes gewiß sein. Und wenn die bayerischen Ärzte darum kämpfen, man möchte ihnen wieder die Möglichkeit geben, den schönen Titel Sanitätsrat zu be-

kommen, so wollen wir es ihnen gönnen. Der eine oder andere darf auch Sanitätsrat oder Ober-Sanitätsrat werden. Aber was soll Herr Dr. Paulsen mit dem Titel Ober-Sanitätsrat? Ihn werden sowieso von allen Seiten Knäuel zwischen die Beine geworfen, und wenn er nun doch den Titel bekommen hat, so werden die Richter schon dafür sorgen, daß er weniger Einfluß gewinnt als ein simpler Schlichter. Wahrscheinlich dachten sie auch an den Kampf im Gastwirtsgewerbe. Da sich die Gastwirte mit den Kellnern nicht einigen werden, wird es bald keinen Ober mehr geben. Wir freuen uns, wenn hoffentlich in Zukunft z. B. Hildesheim einen Oberbürgermeister, Berlin aber nur Bürgermeister haben wird.

Andere Städte, andere Sitten. In München hat sich der Abgeordnete Dr. Ma... eine eigene Sprache ausgedacht. Sein jüngster Artikel beginnt wörtlich so: „Der Minister sollte wolle befehlen, der Volkversammlung zu empfehlen, es gegen die Verabschiedung der bayerischen Staatsregierung vom 24. September 1921 keine Erinnerung zu erheben.“ Früher war in diplomatischen Verhandlungen die französische Sprache üblich. Es ist zu begrüßen, wenn endlich eine Weisheit begründet wird, nach der man sich auch ohne fremde Sprache hinreichend unverständlich ausdrücken kann. Herr Dr. Wohlmut hätte füglich seinen Antrag folgendermaßen schließen sollen: „Die bayerische Staatsregierung wolle sich halten, bei der Aufhebung des bestehenden Ausnahmezustandes in Anhangung des Zeitpunktes sich freien Ermessens nicht zu verpflichten.“

Großfeuer auf Rügen. Aus Gising auf der Insel Rügen wird gemeldet, daß bei einem Großfeuer auf dem Gut Capelle des Kommerzienrat v. Geseb-Platen in der vergangenen Nacht etwa 300 Zehner, 400 Zentner Kunstdünger, sowie sämtliche Getreide- und Futtermittel verbrannt sind. Der entstandene Schaden ist sehr groß.

Milchige Bekanntmachungen.

Verdingung.
Die Malerarbeiten für 3 Kleinwohnungs-Neubauten auf Stolzenberg sollen öffentlich vergeben werden. Bedingungen sind im Hochbauamt 2 Langfuhr, Telegraphen-Kaserne gegen Erstattung der Schreibgebühren erhältlich.
Termin am 22. Oktober 1921.
Hochbauamt 2.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Montag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr:
Dauerkarten A 1.

Das Nachtlager von Granada
Romantische Oper in 2 Akten von Conradin Kreutzer.
Hierauf: Tanzbilder.

Dienstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. „Die Ballerina des Königs.“ Lustspiel.

Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Potash und Perlmutter.“ Komödie in drei Akten.

Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 1. „Das Nachtlager von Granada.“ Romantische Oper.
Hierauf: Tanzbilder.

Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „2 mal 2 = 5.“ Satiirspiel.

Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel Irene Trisch. Neu einstudiert: „Nora.“ Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen. (Nora: Irene Trisch als Gast).

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Vierte (literarische) Morgenfeier: Irene Trisch „Bibel“, „Goethe“.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert: „Die Königsinder.“ Musikmärchen in 3 Bildern.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann
Heute, Montag, den 10. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr
Kasseneröffnung 7 Uhr.

Mascottchen

Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski.
Morgen, Dienstag, d. 11. Oktober,
abends 8 Uhr

Stieberitz-Konzert

mit nachfolgendem Ball.
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freytag, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. 15245

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Extra-Angebot
in
Herren-Anzügen
aus guten Stoffen
hergestellt
von
100 Mk.
an
Herren-Anzüge
la
Qualität
in
jeder Preislage
verkauft
Kurt Becker,
Häkergasse 9, Laden
und
4. Damm 11, 1 Tr.

Handels-Hochschulkurse Danzig.
Das Winter-Semester beginnt am Montag, d. 31. Okt. 1921 in der Techn. Hochschule. Vorlesungsverzeichnis sind i. d. Verkehrsentr. Stadtgr. 5 (Fernr. 549) erhältlich, woselbst auch bereits Anm. erfolgen können. Der Arbeitsausschuß der H. H. K.

Stroh- Panama- Velour- Filz- Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (4388)

Möbel-Verkauf, sehr billig
ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Auch Büreaumöbel.
Otto Eltermann, Postlerwaren-Fabrik,
3. Damm Nr. 2. — Telefon 5828. (4992)

Achtung!
Tinktur-Rose, vollwertig Pfund 12.— Mk.
Holländer Sauba, vollwertig Pfund 14.— Mk.
Schwetter, prima Ware Pfund 22.— Mk.
Tinktur Halbrett Pfund 6,50 Mk.
Wiederverkäufer billiger.
Cohn, Schmiedegasse 16.

Philipp Scheidemann
Der Über-Ludendorff
Ein neuer vernichtender Beitrag zur Dolchstoßlegende
Preis 80 Pfennig
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 6 u. Paradiesg. 23.

HALPAUS' RARITÄT
Die unübertroffene Qualitäts-Cigarette



Volkspfirsorge,
Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft - Sterbekasse. - Kein Polizeiverfall. Billige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig Brano Schmidt, Wallenbuden 35.

Eiserne Oefen
mit
Kochvorrichtung
pro Stück 130.— Mk.
gibt in kleineren und größeren Mengen ab
Landwirtsch. Großhandels-gesellschaft m. b. H. Danzig.
Maschinen-Abteilung
Krebsmarkt 45.

Nähmaschinen-
reparaturen rasch u. billig.
Bernstein u. Comp
Langgasse 50. (5124)

Achtung!
Auf meinem Band in Odra, Hinterweg, habe ich
Strohweizen gestreut.
Paul Ehto, Odra.

Pa. ostpr. Preßtorf
höchste Heizkraft
Trockenes, gesundes und ofenfertiges
Brennholz liefern ab Lager
und frei Haus.
Eintragungen in die Kundenliste zur Belieferung mit
Kohlen etc. erfolgen im Kontor.
Pöggendorf 35 und Schuppen Karrenwallplatz.
Klingbell & Co.,
Kohlenhandlung. (5235)

DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK / FINANZ / WIRTSCHAFT U. KULTUR
Herausgeber: PARVUS
Die „Glocke“ will die Durchführung des
Ultimatums im Zeichen des Sozialismus
Die „Glocke“
ist das führende Organ bei der Erörterung
der Wiederausmachungs- und
Wiederaufbaufragen
Die „Glocke“
ist maßgebend bei der Diskussion des
Kulturlebens der sich im demokratischen
und sozialistischen Geist
erneuernden Zeit
Die „Glocke“
muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mitarbeiter der letzten Hefte:
Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Hermann
Ludemann, Professor Radbruch, Philipp
Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz,
Karl Bröger, Otto Wels, Max Quarc,
Hermann Wendt, Max Schippel, Jacob
Altmaier, Robert Ordzsch
Einzelheft Mark 1,50
Vierteljährliches Abonnement Mark 15,—
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Julius Goldstein
Jankergasse 2-4 Lawendelgasse 4
gegenüber der Markthalle
Billigste Bezugsquelle
für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und
Damen-Wäsche, Strickwolle, Trikotagen und Schürzen
Spezial-Abteilung: Damen- und Kinderputz

Die Erlösung!
Comptor
Addiermaschine
Vorführung kostenlos!
Karl Marx, Langfuhr
Bahnhofstraße 6.
Fernsprecher 2523.



Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.